

Orkan Özdemir – Migrationspolitischer Sprecher der SPD

Was machen die Länder und die Bundesregierung gegen Terror aus dem Ausland?

Entscheidender Faktor für die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, und insbesondere für die Bewertung von Gefährdungssachverhalten und die Verhinderung terroristischer Anschläge, ist die frühzeitige Zusammenführung, Analyse und Bewertung relevanter Informationen aller Sicherheitsbehörden auf Ebene des Bundes und der Länder. Um einen schnellen und unmittelbaren Informationsaustausch zwischen allen relevanten Akteuren zu gewährleisten, wurde 2004 das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) in Berlin gegründet. Hier arbeiten insgesamt 40 Behörden aus Polizei und Nachrichtendiensten erfolgreich zusammen und tauschen sich u. a. in täglichen Lagebesprechungen über neueste Entwicklungen im Phänomenbereich islamistischer Terrorismus aus.

Behörden im GTAZ

- Bundeskriminalamt
- Bundesamt für Verfassungsschutz
- Bundesnachrichtendienst
- Bundespolizei
- Zollkriminalamt
- Militärischer Abschirmdienst
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Vertreter des Generalbundesanwaltes
- 16 Landeskriminalämter
- 16 Landesämter für Verfassungsschutz

Das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum ist keine eigenständige Behörde, sondern eine Kooperationsplattform der beteiligten Behörden aus Bund und Ländern, die die Fachkompetenz aller relevanten Akteure bündelt und eine effektive Zusammenarbeit ohne Schaffung weiterer Schnittstellen und unter Einhaltung des Trennungsgebots zwischen Polizei und Nachrichtendiensten ermöglicht.

2012 wurde für die Zusammenarbeit in den übrigen Phänomenbereichen der Politisch motivierten Kriminalität sowie im Bereich Spionage und Proliferation nach Vorbild des GTAZ das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) in Köln eingerichtet.

Aktuell behandeln die vertretenen Behörden verschiedene Themen im Bereich des islamistischen Terrorismus und gehen relevanten Fragestellungen in den folgenden Arbeitsgruppen nach:

- „Tägliche Lagebesprechung“
- „Risikomanagement“
- „Operativer Informationsaustausch“
- „Fälle/Analysen zum islamistischen Terrorismus“
- „Transnationale Aspekte“
- „Islamistisch-terroristisches Personenpotenzial“

- „Statusrechtliche Begleitmaßnahmen“
- „Deradikalisierung“

Das Gemeinsame Extremismus und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) ist die Kommunikationsplattform für Polizei und Nachrichtendienste auf Bundes- und Länderebene zur Bekämpfung des Rechts-, Links- und Ausländerextremismus/ -terrorismus sowie der Spionageabwehr einschließlich proliferationsrelevanter Aspekte.

Es ist nach dem Vorbild des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums (GTAZ) zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus entstanden und hat am 15. November 2012 seine Arbeit aufgenommen. Vorläufer des GETZ war das Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus/-terrorismus (GAR), welches im GETZ aufgegangen ist.

Behörden im GETZ

Das GETZ ist keine eigenständige Behörde, sondern eine Kooperations- und Kommunikationsplattform von folgenden Behörden aus dem Bund und den Bundesländern:

- Bundeskriminalamt
- Bundesamt für Verfassungsschutz
- Bundesnachrichtendienst
- Bundespolizei
- Bundesamt für den Militärischen Abschirmdienst
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
- Generalbundesanwalt
- Generalzolldirektion
- Europäisches Polizeiamt
- 16 Landesbehörden für Verfassungsschutz
- 16 Landeskriminalämter

Zielstellung und Aufgabenorganisation

Wesentliche Zielstellung des GETZ ist es, die Fachkompetenz aller beteiligten Behörden zu bündeln und einen möglichst lückenlosen und schnellen Informationsfluss sicherzustellen. Es hat weder eine eigenständige Leitung noch ein spezielles Gesetz. Vielmehr trifft jede der beteiligten Behörden ihre Maßnahmen in eigener Zuständigkeit und im Rahmen der für sie geltenden Gesetze.

Das GETZ setzt sich aus der Polizeilichen und der Nachrichtendienstlichen Informations- und Analysestelle (PIAS und NIAS) zusammen. Die Federführung obliegt dem Bundeskriminalamt und dem Bundesamt für Verfassungsschutz.

Für alle behandelten Phänomenbereiche finden regelmäßig in jeweils unterschiedlichen Intervallen gemeinsame Lagebesprechungen im GETZ statt. Neben diesen Lagebesprechungen bestehen weitere Arbeitsgruppen, die sich z.B. zur vertieften Erörterung tagesaktueller Themen treffen oder ein Thema projektorientiert bearbeiten.

Die bisherigen Erfahrungen im GETZ belegen, dass durch die Kooperationsplattform ein deutlicher Mehrwert für die Arbeit aller beteiligten Behörden zu erzielen ist.

Die Vorteile auf einen Blick:

- Kürzere Kommunikationswege
- Verbesserungen in der behördenübergreifenden Zusammenarbeit
- Zeitnahe Verdichtung und Bewertung von Informationen
- Gestärkte Analysefähigkeit
- Erleichterte Abstimmung operativer Maßnahmen

Das GETZ als Informations- und Kommunikationsplattform gewährleistet so die Intensivierung der Zusammenarbeit der Behörden bei gleichzeitiger Wahrung des sog. Trennungsgebots.

Was macht Berlin?

Berlin hat das LKA 8 islamistischer Extremismus bei der Berliner Polizei gegründet und in den letzten Jahren weiter verstärkt.

Der VS Berlin hat den Bereich Inlandsspionage und Islamismusbekämpfung personell und organisational in Abstimmung mit dem BfV gestärkt und umstrukturiert.